



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

| Gremium | am | TOP |
|-----------------|------------|-----|
| Finanzausschuss | 13.09.2010 | |

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Entwicklung wesentlicher Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2010

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergeben sich bei den wesentlichen Positionen des Haushaltes die im Folgenden aufgeführten Abweichungen. Bei diesen Abweichungen handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Bewirtschaftung zum Stand 19.08.2010 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende.

Steuern:

Im Vergleich zum Vorjahr entwickelt sich die **Gewerbsteuer** derzeit positiv. Zum Stand 25.08.2010 belief sich das Aufkommen auf rd. 860,9 Mio. Euro. Davon entfielen rd. 634,8 Mio. Euro auf das Vorauszahlungssoll und rd. 226,1 Mio. Euro auf Nachforderungen für Vorjahre. Damit sind zum Stichtag bereits 101,3 % des im Hpl.-Entwurf 2010/2011 für das Haushaltsjahr 2010 veranschlagten Betrages von 850,0 Mio. Euro realisiert.

Beim Gewerbesteueraufkommen muss zwischen den Vorauszahlungen, diese geben die aktuelle wirtschaftliche Lage wieder, und den Nachforderungen für Vorjahre unterschieden werden.

Das Anordnungssoll des Hpl.-Teilansatzes **Vorauszahlungen** (641,5 Mio. Euro) beläuft

sich bisher zum Stichtag 25.08.2010 auf 634,8 Mio. Euro (99,0 %).

Negative Auswirkungen lassen sich derzeit nicht erkennen, es ist jedoch davon auszugehen, dass die Steuerschuldner ihre Vorauszahlungen zeitnah anpassen werden, falls sich die aktuelle wirtschaftliche Lage wieder verschlechtern sollte.

Der Hpl.-Teilansatz **Nachforderungen** (208,5 Mio. Euro) betrifft die Erhebungszeiträume ab 1995, überwiegend jedoch die Jahre 2005 bis 2007. Bis zum 25.08.2010 konnten 226,1 Mio. Euro (108,4 %) zum Soll gestellt werden. Entsprechend langjähriger Trends ist gerade in der zweiten Jahreshälfte mit einer positiven Entwicklung bei den Nachforderungen aus Vorjahren zu rechnen. Ob sich dieser Trend auch in diesem Jahr fortsetzt, muss abgewartet werden.

Insgesamt liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, die darauf hindeuten, dass der Gewerbesteueransatz zum Jahresende 2010 nicht erreicht wird. Unabhängig hiervon ist jedoch auf die steuerartspezifischen Risiken hinzuweisen. Ein erheblicher Sollabgang bei nur einem Großsteuerzahler kann die vorliegende Prognose drastisch verschlechtern.

Veränderung: 0,0 Mio. Euro

Grundsteuer

Im Bereich der Grundsteuer B liegt das Anordnungssoll per 18.06.2010 bei rd. 200,8 Mio. Euro und damit rd. 5,9 Mio. Euro unter der Veranschlagung. Bis Jahresende werden voraussichtlich noch Sollzugänge von 3,8 Mio. Euro kassenwirksam, so dass die Grundsteuererträge um rd. 2,1 Mio. Euro unter den Erwartungen bleiben werden.

Verschlechterung: rd. 2,1 Mio. Euro

Verzinsung der Gewerbesteuer gem. § 233a AO

Aufgrund der aktuellen Entwicklung bei den Nachforderungs- und Erstattungsziinsen wird bis Jahresende mit einer Überschreitung des Ansatzes gerechnet. Das derzeitige Anordnungssoll von 27,7 Mio. Euro liegt deutlich über dem Ansatz von 15,0 Mio. Euro. Da die Entwicklung des Ansatzes im direkten Zusammenhang mit den Gewerbesteuerfestsetzungen älterer Zeiträume steht und abhängig davon ist, ob Nachforderungsziinsen oder Erstattungsziinsen anfallen, kann derzeit keine sichere Prognose zum Jahresergebnis gemacht werden.

Mehrertrag: mind. rd. 12,7 Mio. Euro

Zweitwohnungssteuer

Bei der Zweitwohnungssteuer ist bis Jahresende von einer Verbesserung gegenüber dem Ansatz um ca. 2,3 Mio. Euro auszugehen. Diese Prognose ist dadurch begründet, dass derzeit viele Veranlagungen für rückwirkende Zeiträume durchgeführt werden.

Mehrerträge: rd. 2,3 Mio. Euro

Personalaufwand

Nach der aktuellen Hochrechnung werden die Personal- und Versorgungsaufwendungen voraussichtlich mit einer Verbesserung in Höhe von ca. 4,7 Mio. Euro abschließen.

Verbesserung: rd. 4,7 Mio. Euro

Personalamt

Die Dienstunfallkosten sind rückläufig, daraus ergibt sich voraussichtlich eine Verbesserung für den Haushalt in Höhe von 0,2 Mio. Euro.

Wenigeraufwendungen: rd. 0,2 Mio. Euro

Rechnungsprüfung

Aufgrund geringerer Kostenerstattungen durch verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen wird ein Minderertrag von 0,1 Mio. Euro prognostiziert.

Verschlechterung: rd. 0,1 Mio. Euro

Sozialbereich

Im Sozialbereich wird insgesamt eine saldierte Verbesserung von 1,7 Mio. Euro gegenüber der Planung prognostiziert. Nachfolgend werden die größten Veränderungen dargestellt. Die Aufzählung ist nicht abschließend und ergibt nicht die Summe der Gesamtabweichung.

Auf der Ertragsseite ergibt sich lediglich eine Verbesserung von 0,1 Mio. Euro.

Bei den Aufwendungen werden folgende wesentlichen Veränderungen prognostiziert:

- Bei den Leistungen nach SGB XII für die Hilfe zum Lebensunterhalt werden Verbesserungen von 1,5 Mio. Euro erwartet. Zum einen werden die Korrekturen auf Forderungen geringer ausfallen als geplant, darüber hinaus wird bei der stationären Hilfe zum Lebensunterhalt die ursprünglich geplante Kostensteigerung nicht in der erwarteten Höhe eintreten.
- Wenigeraufwendungen in Höhe von 2,6 Mio. Euro werden bei der Hilfe zur Pflege erwartet. Hauptursache ist zum einen die Übernahme zahlreicher Fälle mit Leistungen der persönlichen Assistenz durch überörtliche Träger. Zum anderen sind bei der stationären Hilfe zur Pflege die Fallzahlen entgegen der Planung stabil geblieben.
- Auch bei den Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bewirken – wie bereits im Haushaltsjahr 2009 – geringere Fallzahlen Einsparungen in Höhe von rund 1,0 Mio. Euro.
- Den Verbesserungen stehen Verschlechterungen bei der Grundsicherung im Alter in Höhe von 1,9 Mio. Euro sowie bei der Hilfe zur Gesundheit in Höhe von 1,1 Mio. Euro gegenüber, die hauptsächlich auf gestiegene Fallzahlen zurück zu führen sind.
- Darüber hinaus ist der Ansatz für die Eingliederungshilfe nicht auskömmlich und wird voraussichtlich um rd. 0,9 Mio. Euro überschritten.

Verbesserung: rd. 1,7 Mio. Euro

Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler und Asylbewerber

Die Aufwendungen für Energie/Wasser/Abwasser sowie für Bauunterhaltungs-/leitungskosten werden voraussichtlich jeweils rd. 0,5 Mio. Euro über der Planung liegen, was in erster Linie auf eine lange Heizperiode, mangelnde Wärmedämmung der alten Häuser und allgemein steigenden Energiebedarf sowie zusätzliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei baufälligen Objekten zurückzuführen ist. Des Weiteren werden Mehraufwendungen für Hausgebühren und –abgaben in Höhe von 0,2 Mio. Euro sowie 0,5 Mio. Euro für Bewachungsleistungen prognostiziert. Darüber hinaus gibt es weitere Verschlechterungen von 0,2 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Mieten und Pachten werden ca. 1,7 Mio. Euro aufgrund verzögerter Neuanmietungen unter dem Planwert liegen. Eine zusätzliche Verbesserung von 0,2 Mio. Euro zeichnet sich bei den sonstigen Dienstleistungen aufgrund von geringeren Entrümpelungen und Sperrmüllbeseitigungen ab.

Verschlechterung: rd. 0,4 Mio. Euro

Kinder und Jugend, Kinderheime

Bei der Kindertagesbetreuung wird insgesamt eine Verbesserung von ca. 4,3 Mio. Euro erwartet. Die Landeszuweisungen nach dem Kinderbildungsgesetz werden voraussichtlich um rd. 2,7 Mio. Euro unter der Planung liegen. Nach der Endabrechnung für das Kinder-

gartenjahr 2008/2009 müssen Erstattungen an das Landesjugendamt verrechnet werden. Dem gegenüber stehen Wenigeraufwendungen für Pflegeentgelte bei der Tagespflege in Höhe von rd. 7,0 Mio. Euro. Diese Abweichungen beruhen auf einer noch ausstehenden Änderung der Elternbeitragsatzung und dem verzögerten Ausbau der Tagespflege.

Verbesserung: rd. 4,3 Mio. Euro

Schulen

Die Aufwendungen für die Schülerbeförderung wird rd. 1,0 Mio. Euro über der ursprünglichen Planung liegen.

Verschlechterung: rd. 1,0 Mio. Euro

Musikschule

Aufgrund von Nachzahlungen an die Künstlersozialkasse für die Jahre 2005 – 2009 wird ein Mehraufwand von ca. 0,2 Mio. Euro prognostiziert.

Verschlechterung: rd. 0,2 Mio. Euro

Kultur und Wissenschaft

Beim Kulturamt wird ein Mehrbedarf von 0,6 Mio. Euro für das Kinderkulturhaus prognostiziert.

Beim Museum Ludwig werden Wenigererträge in Höhe von 0,5 Mio. Euro geschätzt. So wurde der bei der Kulturstiftung des Bundes beantragte Zuschuss sowie Mittel für Sonderausstellungen nicht bewilligt. Aufwandsseitig wird eine Verschlechterung von 1,0 Mio. Euro erwartet, was auf höheren Energie- und Bauunterhaltungskosten sowie einen Mehrbedarf für Bewachung zurück zu führen ist.

Beim Museum für angewandte Kunst wird ein Mehrbedarf für Energie in Höhe von 0,1 Mio. Euro erwartet sowie zusätzliche Aufwendungen zur Sanierung der Außenverglasung in Höhe von 0,2 Mio. Euro.

Beim Händeschen Theater werden insgesamt Mehraufwendungen von rd. 0,2 Mio. Euro prognostiziert, da die Planansätze nicht auskömmlich angesetzt waren.

Beim Historischen Archiv konnten zusätzliche Zuweisungen von 0,8 Mio. Euro vereinbart werden. Bei den Aufwendungen wird eine Unterschreitung des Ansatzes in Höhe von rd. 0,1 Mio. Euro für Mietaufwendungen prognostiziert. Darüber hinaus ist ein Mehraufwand von 0,2 Mio. Euro aufgrund eines Buchungsfehlers aus 2009 zu verzeichnen, der in 2010 aufwandswirksam korrigiert werden musste. Hinzu kommen zusätzliche Aufwendungen für Gerichts- und Notarkosten in Höhe von 4,6 Mio. Euro im Zusammenhang mit dem Einsturz des Archivs.

Verschlechterung: rd. 6,5 Mio. Euro

Gesundheitsamt

Insgesamt werden die Verwaltungsgebühren ca. 0,7 Mio. Euro unter der Planung liegen. Dies ist im Wesentlichen auf Vakanzen, krankheitsbedingten Ausfällen und Arbeiten im Zusammenhang mit der Schweinegrippe zurück zu führen..

Wenigererträge: rd. 0,7 Mio. Euro

Rechenzentrum/IT- und Kommunikationsleistungen

Für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung werden Mehraufwendungen von ca. 0,9 Mio. Euro prognostiziert. Des weiteren wird eine Überschreitung des Planansatzes für Leasing von rd. 0,1 Mio. Euro erwartet. Den Mehraufwendungen stehen gerin-

gere Aufwendungen für Fortbildungen in Höhe von 0,2 Mio. Euro gegenüber.

Verschlechterung: rd. 0,8 Mio. Euro

Zentrale Dienste

Bedingt durch gestiegenes Postaufkommen wird derzeit ein Mehrbedarf von rd. 0,8 Mio. Euro bis Jahresende prognostiziert.

Verschlechterung: rd. 0,8 Mio. Euro

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Insgesamt wird für 2010 eine Ertragsunterschreitung von rd. 1,5 Mio. Euro und gleichzeitig eine Verbesserung bei den Aufwendungen von 3,2 Mio. Euro erwartet.

Die Erträge bleiben in erster Linie aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung von Maßnahmen (Programm Mülheim 2020, Projekt Immobilien-Standortgemeinschaft Kalk sowie Handlungskonzept Demographischer Wandel) und dem dadurch verursachten späteren Abruf von Fördermitteln hinter der Planung zurück.

Die Aufwendungen werden ebenfalls aufgrund von Projektverzögerungen beim Programm Mülheim 2020 um rd. 0,6 Mio. Euro unter der Planung liegen. Darüber hinaus verzögern sich weitere Maßnahmen, wodurch die Aufwendungen um 0,3 Mio. Euro sinken. Die Ansätze für Zuschüsse an übrige Bereiche werden aufgrund von Projektverzögerungen nicht in vollem Umfang weitergeleitet (Verbesserung 1,9 Mio. Euro). Dabei handelt es sich um Maßnahmen wie „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Mülheim“, Qualifizierungsmaßnahmen in Porz-Finkenbergr sowie weitere Struktur- und Innovationsförderungen. Darüber hinaus werden in 2010 geringere Aufwendungen für Rückzahlungen aus erhaltenen Ausgleichsbeträgen in Höhe von 0,4 Mio. Euro erwartet. Erst wenn abschließende Gutachten vorliegen, kann die Höhe der Rückzahlungen genau beziffert werden.

Verbesserung: rd. 1,7 Mio. Euro

Straßen, Wege, Plätze

Bei den Aufwendungen werden zum einen Überschreitungen beim sonstigen Finanzbedarf in Höhe von ca. 0,8 Mio. Euro prognostiziert, welche jedoch durch Wenigeraufwendungen bei der Unterhaltung Infrastruktur ausgeglichen werden können. Darüber hinaus werden höhere Aufwendungen für Reinigung/Winterdienst von rd. 0,2 Mio. Euro erwartet, die durch geringere Aufwendungen für nicht rückzahlbare Zuweisungen kompensiert werden können.

Die Erträge werden voraussichtlich 0,6 Mio. Euro über der Planung liegen, was in Höhe von 0,4 Mio. Euro auf die höhere Auflösung von Sonderposten zurückzuführen ist. Darüber hinaus wird ein Mehrertrag bei den Entgelten von 0,2 Mio. Euro aufgrund von vermehrten Genehmigungen zur Einbringung von sogenannten Berliner Verbauten ins öffentliche Straßenland erwartet.

Verbesserung: 0,6 Mio. Euro

Brücken und Stadtbahnbau

Die Aufwendungen für die Bauunterhaltung bei den sonstigen konstruktiven Ingenieurbauwerken und für die Unterhaltung der Rheinbrücken werden voraussichtlich mit insgesamt um rd. 4,0 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben. Die Wenigeraufwendungen resultieren aus der schwierigen Personalgewinnung für das Großprojekt Rheinbrücken und dem damit verzögerten Beginn der Maßnahme sowie ähnlicher Probleme für die Eröffnung des Kölner Tunnel. Bezogen auf die Zoobrückenrampen lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen, welche zusätzlichen finanziellen Belastungen entstehen. Zur Zeit ist die Vergabe des Planungsauftrags in der Vorbereitung. Es ist davon auszuge-

hen, dass die zusätzlichen Aufwendungen erst in 2011ff entstehen.

Verbesserung: rd. 4,0 Mio. Euro

Verkehrüberwachung

Es werden insgesamt Wenigererträge von 2,4 Mio. Euro prognostiziert, was u. a. dadurch zu erklären ist, dass im Bereich „Ruhender Verkehr“ hohe Krankenstände bei den Außendienstmitarbeitern zu geringeren Kontrollen geführt haben. Im fließenden Verkehr musste teilweise die mobile Radarkontrolle wegen der winterlichen Straßenverhältnisse eingestellt werden. Gleichzeitig führten die Witterungsverhältnisse zu einer angepassten Fahrweise der Verkehrsteilnehmer. Im stationären Bereich führte neben dem witterungsbedingt angepassten Fahrverhalten auch die Behebung von durch Frostschäden entstandenen Schäden im Straßenbelag zu größeren Ausfällen (stockender Verkehrsfluss). Die Überwachung auf der BAB hatte im Februar und März aufgrund eines Rechnerdefekts mehrwöchige Ausfälle zu verzeichnen.

Aufwandsseitig wird eine Unterschreitung um 0,4 Mio. Euro, welche sich aus Einsparungen bei verschiedenen Aufwandspositionen zusammensetzt, prognostiziert. Des Weiteren erwartet der Bereich geringer Personalaufwendungen in Höhe von 2,2 Mio. Euro, welche jedoch bereits in der Prognose des Personalamtes berücksichtigt wurden.

Verschlechterung: rd. 2,0 Mio. Euro

Feuerwehr

Nach derzeitiger Einschätzung zeichnen sich Mehraufwendungen von ca. 1,3 Mio. Euro ab. Diese ergeben sich in erster Linie aufgrund von Arbeiten im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs.

Mehraufwendungen: rd. 1,3 Mio. Euro

Liegenschaften und Kataster

Aufgrund von gewinnbringenderen Grundstückverkäufen werden bis Jahresende rd. 2,8 Mio. Euro Mehrerträge prognostiziert. Die Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen werden voraussichtlich 0,8 Mio. Euro geringer ausfallen als geplant. Dem gegenüber werden durch zusätzliche Reparaturen und Instandsetzungen bei bebautem Fiskalbesitz sowie den Tiefgaragen Mehraufwendungen für die bauliche Unterhaltung in Höhe von 0,8 Mio. Euro erwartet.

Verbesserung rd.: 2,8 Mio. Euro

Grünflächen und Friedhöfe

Bei den Friedhöfen zeichnet sich eine Verbesserung von 0,2 Mio. Euro ab. Diese ergibt sich aus geringeren Aufwendungen von rd. 0,6 Mio. Euro bei den sonstigen Dienstleistungen, da bereits in 2009 abgelaufene Gräber verstärkt abgeräumt wurden. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen von rd. 0,4 Mio. Euro für erhöhten Baumpflegebedarf auf allen städtischen Friedhöfen.

Im Bereich Grünflächen werden Mehraufwendungen von rd. 3,0 Mio. Euro prognostiziert. Dabei handelt es sich um einen Mehrbedarf von rd. 2,5 Mio. Euro, da es einerseits aufgrund von zeitintensiven Verfahren zu Verzögerungen bei der Umsetzung von Bürgerhaushaltsmaßnahmen gekommen ist und zum anderen ein Mehrbedarf für Maßnahmen der Verkehrssicherungspflicht erwartet wird. Die für die Maßnahmen des Bürgerhaushalts im Haushaltsjahr 2008 zur Verfügung gestellten Ermächtigungen wurden ins Haushaltsjahr 2009 übertragen. Da eine konsumtive Ermächtigungsübertragung nur einmalig möglich ist, müssen die nun anfallenden Aufwendungen aus dem laufenden Budget finanziert werden.

Zusätzlich werden 0,4 Mio. Euro für Energieaufwendungen benötigt, da in 2010 die Ab-

schlussrechnungen für zwei Pumpstationen eingereicht wurden, die bei der Planung nicht berücksichtigt wurden. Eine negative Abweichung von 0,1 Mio. Euro wird für sonstige Sachleistungen prognostiziert, da ein höherer Materialbedarf zur Reparatur von Kleinmaschinen sowie Spielgeräten anfällt.

Verschlechterung: rd. 2,8 Mio. Euro

Veterinäraufsicht

Die Schlachtungen durch die Fleischversorgung Köln GmbH wurden zum 31.05.2010 eingestellt. Dadurch ergibt sich ein Minderertrag bei den Verwaltungsgebühren von 0,1 Mio. Euro.

Verschlechterung: rd. 0,1 Mio. Euro

Amt für Lastenausgleich

Die Erträge werden voraussichtlich 0,2 Mio. Euro unter der Planung liegen, was zum einen auf geringere Landeszuweisungen und zum anderen auf den Wegfall der Verwaltungskostenerstattungen des Rhein-Erft-Kreises und des Kreis Euskirchen zurückzuführen ist. Grund für die geringeren Landeszuweisungen ist eine Übertragung von Aufgaben auf das Bundesausgleichsamt. Aus diesem Grund werden sich auch die Personalaufwendungen reduzieren, was jedoch in der Gesamtprognose durch das Personalamt berücksichtigt wurde.

Verschlechterung: rd. 0,2 Mio. Euro

Sonstige wirtschaftliche Unternehmen

Aufgrund des positiven Ergebnisses der Kölner Sportstätten GmbH, welches auf neuem Rechnung vorgetragen wird, reduziert sich der städt. Aufwand für die Verlustabdeckung um knapp 2,7 Mio. Euro.

Der Betriebskostenzuschuss Straßenreinigung an die AWB wird voraussichtlich 0,1 Mio. Euro höher ausfallen als geplant.

Verbesserung: ca. 2,6 Mio. Euro

Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

| | <i>in Mio. Euro</i> <i>Verbesserung (+) /</i> <i>Verschlechterung (-)</i> |
|---|---|
| Grundsteuer | - 2,1 |
| Verzinsung der Gewerbesteuer | + 12,7 |
| Zweitwohnungssteuer | + 2,3 |
| Personalaufwand | + 4,7 |
| Personalamt | + 0,2 |
| Rechnungsprüfung | - 0,1 |
| Sozialbereich | + 1,7 |
| Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler u Asylbewerber | - 0,4 |
| Kinder und Jugend, Kinderheime | + 4,3 |
| Schulen | - 1,0 |
| Musikschule | - 0,2 |
| Kultur und Wissenschaft | - 6,5 |
| Gesundheitsamt | - 0,7 |
| Rechenzentrum/IT- und Kommunikationsleistungen | - 0,8 |
| Zentrale Dienste | - 0,8 |
| Stadtentwicklung und Stadtplanung | + 1,7 |
| Straßen, Wege, Plätze | + 0,6 |
| Brücken und Stadtbahnbau | + 4,0 |
| Verkehrsüberwachung | - 2,0 |
| Feuerwehr | - 1,3 |
| Liegenschaften und Kataster | + 2,8 |
| Grünflächen und Friedhöfe | - 2,8 |
| Veterinäraufsicht | - 0,1 |
| Amt für Lastenausgleich | - 0,2 |
| Sonstige wirtschaftliche Unternehmen | + 2,6 |
| | |
| Gesamtveränderung aufgrund aktueller Meldungen: | + 18,6 |
| | |

Notwendige Ansatzanpassungen auf Grund der vorstehenden Veränderungen wird die Verwaltung in den Veränderungsnachweis 1 bzw. den sogenannten Ausgleichs-VN aufnehmen.

Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung

Derzeit werden bei mehreren Maßnahmen Abweichungen gegenüber der Haushaltsplanung prognostiziert. Dabei ist jedoch grundsätzlich im Zusammenhang mit der Entwicklung im investiven Bereich darauf hinzuweisen, dass Wenigerauszahlungen, die sich aufgrund eines verzögerten Baufortschrittes ergeben, regelmäßig in einem der Folgejahre zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich in den meisten Fällen de facto nur um einen verzögerten Mittelabfluss.

Rechenzentrum/IT- und Kommunikationsleistungen

Die Auszahlungen für die Beschaffung von beweglichem Anlagenvermögen werden rd. 0,3

Mio. Euro unter der Planung bleiben.

Wenigerauszahlungen: rd. 0,3 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Entgegen der Planung werden sich zahlreiche Maßnahmen ins nächste Haushaltsjahr verschieben. So wird sich z. B. bei der Ausweisung des Sanierungsgebietes Innenstadt (2,2 Mio. Euro) aufgrund noch einzuholender Beschlüsse, den Maßnahmen Erschließung Bahnsteig Deutz (0,9 Mio. Euro), Stadtsanierung Porz-Finkenbergl (0,7 Mio. Euro) und Eigelstein (1,0 Mio. Euro) sowie dem Ausbau des Grünzuges Charlier (0,5 Mio. Euro) aufgrund von Verzögerungen im Ausschreibungs- und Vergabeverfahren zeitliche Verschiebungen ergeben. Für die Maßnahmen Stadtsanierung/-erneuerung Lindweiler (0,2 Mio. Euro) und Porz-Finkenbergl (0,2 Mio. Euro) werden weniger Mittel benötigt, als ursprünglich geplant. Darüber hinaus werden für die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen voraussichtlich ca. 0,2 Mio. Euro weniger in Anspruch genommen.

Die Einzahlungen werden voraussichtlich ca. 0,8 Mio. Euro unter der Planung liegen, da Landesmittel für die Maßnahme Dach S-Bahn-Station Chorweiler-Nord bereits im Vorjahr abgerufen wurden.

Verbesserung: rd. 5,1 Mio. Euro

Stadtplanung

Die Maßnahmen Umgestaltung Dionysoshof (2010: Einzahlung 0,6 Mio. Euro und Auszahlung 0,9 Mio. Euro) sowie die Umsetzung des städtebaulichen Masterplans (2010: Auszahlung 1,7 Mio. Euro) werden aufgrund von Verzögerungen in 2010 nicht wie geplant umgesetzt.

Verbesserung: rd. 2,0 Mio. Euro

Erschließung

Aufgrund von Verzögerungen bei der Veranlagung von Straßenbaubeiträgen nach KAG werden bis Jahresende Wenigereinzahlungen von ca. 0,5 Mio. Euro erwartet. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine zeitliche Verschiebung.

Wenigereinzahlungen: rd. 0,5 Mio. Euro

Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler u Asylbewerber

Aufgrund langwieriger Planungs- und Ausschreibungsverfahren und nicht mehr aktuelle Kostenkalkulationen kommt es bei den Maßnahmen Neubau Buchholzstraße und Wikinger Weg gegenüber den Planansätzen zu höheren Auszahlungen von jeweils 0,4 Mio. Euro. Diese Mehrauszahlungen können durch Einsparungen an anderer Stelle gedeckt werden.

Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung

Bei der Baumaßnahme „Mülldeponie Vereinigte Ville“, dem Blockheizkraftwerk für Deponiegasnutzung und beim Erwerb von Vermögensgegenständen werden insgesamt voraussichtlich ca. 1,6 Mio. Euro weniger abfließen als geplant. Die Maßnahmen können insgesamt günstiger abgewickelt werden. Darüber hinaus werden voraussichtlich geringere Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen in Höhe von 0,2 Mio. Euro getätigt als geplant.

Wenigerauszahlungen: ca. 1,8 Mio. Euro

Grünflächen und Friedhöfe

Für das laufende Haushaltsjahr werden für den Teilbereich „Öffentliches Grün“ erhebliche Wenigereinzahlungen und Wenigerauszahlungen bei den Maßnahmen Regionale 2010 (Rheinboulevard und Regio/Grün) prognostiziert. Die genaue Höhe kann derzeit jedoch

noch nicht konkret beziffert werden. Darüber hinaus werden sich ebenfalls kleinere Maßnahmen verschieben, wodurch der Mittelabfluss erst im nächsten Jahr erfolgen wird.

derzeit nicht bezifferbar

Liegenschaften und Kataster

Für die bereits abgeschlossene Maßnahme Sanierung Aufbauten auf dem Campingplatz Poll stehen noch Rechnungen von 0,1 Mio. Euro aus, welche bei der Planung nicht berücksichtigt wurden. Dem gegenüber stehen Einsparungen in Höhe von ca. 32,2 Mio. Euro bei den Grundstücksgeschäften.

Wenigerauszahlungen: rd. 32,1 Mio. Euro

Stadtbahn, Brücken und Tunnel

Insgesamt wird bis Jahresende eine Verbesserung von 14,9 Mio. Euro prognostiziert. Dabei handelt es sich jedoch nur teilweise um tatsächliche Verbesserungen, sondern in erster Linie um zeitliche Verschiebungen. Entgegen der Planung wird sich die Umsetzung der Stadtbahnmaßnahme Bauabschnitt Bocklemünd/Mengenich verzögern und es werden voraussichtlich 0,7 Mio. Euro Wenigerauszahlungen kassenwirksam werden. Bei der Maßnahme Bahnsteiganhebung Escher Straße werden von den geplanten 1,4 Mio. Euro nur 0,4 Mio. Euro abfließen. Die geplanten Einzahlungen in Höhe von 0,2 Mio. Euro werden in 2010 voraussichtlich nicht vereinnahmt.

Darüber hinaus wird es bei mehreren Maßnahmen zu Verzögerungen kommen, so dass die geplanten Aus-/Einzahlung nur teilweise noch in 2010 kassenwirksam werden. Abweichungen ergeben sich unter anderem bei folgenden Maßnahmen:

Bahnsteiganhebung Endhaltestelle Stadtbahnlinie 5 (Wenigerauszahlung 3,0 Mio. Euro), Umsetzung Niederflurkonzept Barbarossaplatz (Wenigerauszahlung 0,6 Mio. Euro), Neusser Straße/Gürtel – Einbau von Aufzügen (Wenigerauszahlung 1,4 Mio. Euro, Wenigereinzahlung 0,9 Mio. Euro), Beschleunigungsmaßnahme Linie 12 (Wenigerauszahlung 2,3 Mio. Euro) und Einbau von Löschwasserleitungen in Stadtbahntunnel (Wenigerauszahlung 2,2 Mio. Euro, Wenigereinzahlung 0,7 Mio. Euro). Tatsächliche Verbesserungen ergeben sich bei den Maßnahmen Stadtbahn Bauabschnitt Deutz-Porz-Zündorf (1,3 Mio. Euro) sowie Stadtbahn Bauabschnitt Sülz-Neumarkt (1,9 Mio. Euro), da hier Investitionszuwendungen realisiert werden konnten, obwohl keine geplant sind. Daneben ergeben sich mehrere kleinere Verschiebungen.

Verbesserung: rd. 14,9 Mio. Euro

Verkehrsflächen und -anlagen

Aufgrund der aktuellen Ein- und Auszahlungen in diesem Bereich ist davon auszugehen, dass sowohl bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit als auch bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen erhebliche Abweichungen auftreten werden. Dies lässt sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht genauer verifizieren, da derzeit nicht abzusehen ist, welche Einzelmaßnahmen noch in 2010 ausgeschrieben und submittiert werden.

Beispielhaft können folgende Maßnahmen bereits aufgeführt werden:

Platzgestaltung - Wenigerbedarf 0,5 Mio. Euro

Generalinstandsetzung Radwege – Wenigerbedarf 2,0 Mio. Euro

Umgestaltung Kölner Ringe – Wenigerbedarf 0,9 Mio. Euro

Busbahnhof Köln-Porz-Wahn – Wenigerbedarf 0,5 Mio. Euro

Insgesamt werden die Auszahlungen jedoch unter der Planung liegen. Da die Einzahlungen in Abhängigkeit zu den Auszahlungen stehen, werden auch diese hinter den Planungen zurückliegen.

gez. Kahlen